

Aktion Aufschrei – Kampagne gegen Rüstungsexport

Zur Situation:

Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehr- oder Handgranate, einer Landmine. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch (Deutschlands größter Hersteller von Handfeuerwaffen) nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Unser Land ist nach den USA und Russland mittlerweile der drittgrößte Rüstungsexporteur weltweit (Zeitraum 2007 – 2011 laut schwedischem Friedensforschungsinstitut SIPRI)

Unter den NATO- und EU-Staaten waren in den letzten Jahren neben der Türkei ausgerechnet die hoch verschuldeten Staaten Portugal und Griechenland besonders lukrative Märkte für die deutsche Rüstungsindustrie. Im Jahr 2010 rangierte Portugal aufgrund von U-Boot-Lieferungen aus Deutschland auf Platz 1 der Empfängerländer deutscher Kriegswaffen. Noch Ende 2011 drängten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy die griechische Regierung zu Aufträgen an die deutsche und die französische Rüstungsindustrie als Gegenleistung für Finanzhilfen der EU. Dies alles ist nicht nur ethisch unmöglich sondern auch volkswirtschaftlich vollkommen absurd.

Kritik muss man in Anbetracht der Menschenrechtssituation vor allem auch üben an der Zunahme von Rüstungsexportgenehmigungen an Drittstaaten, also an Länder außerhalb von NATO und EU. Mit 42 Prozent machten sie in 2011 annähernd die Hälfte aller Ausführgenehmigungen aus. Aus der Ausnahme scheint hier eine Regel geworden zu sein. 21,2 Prozent der Einzelgenehmigungen gingen in 2011 an Länder, die staatliche Entwicklungshilfe empfangen. Dies geht eindeutig zu Lasten der dort lebenden Menschen. Inzwischen stieg die Zahl der Empfängerländer, die hinsichtlich ihrer Menschenrechtssituation als bedenklich eingestuft werden, auf 64; 2010 waren es noch 48. Der Eindruck einer Genehmigungspraxis durch die Bundesregierung drängt sich auf, die sich nicht an die eigenen restriktiven Maßstäbe hält und die Einhaltung der Menschenrechte immer wieder ökonomischen oder Lobbyinteressen unterordnet - im Gegensatz offiziellen Erklärungen. In diesem Zusammenhang: Zur Argumentation der Bundesregierung, mit Rüstungslieferungen an Partner in Konfliktregionen sog. „Stabilitätsanker“ zu schaffen, muss gesagt werden: Dies ist ein gefährlicher Trugschluss zu glauben, dass Lieferungen von Waffen oder Kriegsgerät zur Stabilisierung (der Lage in Konfliktregionen) beitragen könnten. Eine solche Politik greift zu kurz und übersieht Probleme, die von Waffenlieferungen ausgehen. Mehr als Panzer und andere Kriegswaffen ist Rechtsstaatlichkeit eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Friedenssicherung.

(Quelle: Presstext der GKKE, 10.12.2012)

Rüstungsindustrie und Arbeitsplätze:

Da es sich bei der heutigen Aktion um faire und sichere Arbeitsplätze dreht: Es darf nicht darum gehen, die Menschen in der Rüstungsindustrie arbeitslos zu machen, sondern darum, dass sie ihren Qualifikationen entsprechend nützliche zivile Produkte herstellen sollen. Rüstungsbeschäftigte sind nicht unsere Gegner. Unser Gegner ist die Militär- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung, die letzten Endes die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie zu Geiseln ihrer Politik macht.

Genauer betrachtet ergibt sich eine eher geringe Bedeutung des Rüstungssektors für die deutsche Volkswirtschaft. Gesamtumsatz und Exportanteil liegen jeweils bei etwas mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes und des Gesamtexports. Bei den Arbeitsplätzen sind gar nur 0,24 Prozent aller Erwerbstätigen im Rüstungssektor beschäftigt. Die vom Rüstungsexport abhängigen Arbeitsplätze dürften zwischen ca. 8.000 im Bereich der Kriegswaffenproduktion und insgesamt knapp 100.000 direkt und indirekt Beschäftigten in der gesamten Rüstungs- und Sicherheitsindustrie liegen. Diesen Daten zufolge ist der Rüstungsbereich in Deutschland deutlich kleiner und für die Volkswirtschaft weniger wichtig als in den USA, Russland, China und anderen Industrie- oder Schwellenstaaten, die zu den weltweit führenden oder aufsteigenden Rüstungsexporturen gehören. (Quelle: Aktion Aufschrei, Argumentationshilfe)

In den 1980er-Jahren war das Thema Rüstungskonversion - die Produktion von zivilen anstelle von Militärgütern ein viel diskutiertes Thema und die Gewerkschaft IG Metall machte sich dafür stark. Es gab sogar in Rüstungsbetrieben Arbeitskreise, die konkrete Vorschläge machten, was in ihren Unternehmen anstelle von Rüstungsgütern produziert werden könnte. Da hat sich der Wind heute leider etwas gedreht. Da ist vieles eingeschlafen. Daran lässt sich aber wieder anknüpfen. Da müssten wir wieder hinkommen, dass gemeinsam stärker und konstruktiv überlegt wird, wie aus Schwertern Pflugscharen geschmiedet werden können! (Quelle: Aktion Aufschrei; Interview mit Dr. Peter Strutynski)

Vorrangig bleibt für uns aber, was der ehemalige ver.di Gewerkschaftssekretär aus dem Rhein-Neckar-Kreis, Anton Kobel, im Rahmen der Aktion Aufschrei sagt:

„Die Produktion und der Handel mit kriegsfähigen Waffen dient dem Töten und Ermorden von Menschen. Deshalb lehne ich diese Produktion und diesen Handel ab! Deren Verbot sollte in das Grundgesetz aufgenommen werden.“

Ziele der Aktion Aufschrei - Kampagne gegen Rüstungsexporte

Nichtregierungsorganisationen aus der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, kirchliche und gesellschaftliche Gruppen und Verbände haben sich zusammengeschlossen, um ein Verbot deutscher Rüstungsexporte (Wahljahr!) zu erreichen. Pax christi, die internationale katholische Friedensbewegung ist dabei ein Teil eines breiten Bündnisses.

Was soll dabei getan bzw. erreicht werden?

Das Bündnis will

- aus der Zivilgesellschaft heraus Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes aufbauen und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufzeigen;

- eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchsetzen, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen;
- die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2) erreichen.

Abschließend Hinweis auf den workshop beim „Aktionstag“ am kommenden Samstag!

Pax christ Regensburg; Max Hutzler, Elisabeth Reinwald